

# Erzgebirgischer Volksfreund

**Tageblatt** • enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft und der Staatsbehörden in Schwarzenberg, der Staats- u. städtischen Behörden in Schneeberg, Adorf, Neustädtel, Grünhain, sowie der Finanzämter in Aue und Schwarzenberg.

Es werden außerdem veröffentlicht: Die Bekanntmachungen der Stadträte zu Aue und Schwarzenberg und der Amtsgerichte zu Aue und Johanngeorgenstadt.

Verlag C. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Vertriebspreis: Woe 61, 20 Pfennig (inkl. Aue) 40, C. M. Gärner 10, Schwarzenberg 10. Drahtlosgeld: Volksfreund Erzgebirg.

Angewandte Wissenschaften für die am 1. November 1924...  
Die Redaktion für die Anzeigen...  
Anzeigenpreise...  
Verantwortlicher: C. M. Gärner, Aue, Erzgeb.

Der „Erzgebirgische Volksfreund“ erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen.  
Der Preis für die 24 mm breite Colonat-Anzeigen...  
Verlags-Adresse: Aue, Erzgeb. Nr. 79.

Nr. 272.

Freitag, den 21. November 1924.

77. Jahrg.

## Amfliche Anzeigen.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns Otto Richard Kessler in Aue, Auebrücke 4, wird heute, am 18. November 1924, vormittags 9,50 Uhr, des Konkursverfahrens eröffnet.

Der Rechtsanwalt Bedflein in Schwarzenberg wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 5. Januar 1925 bei dem Gerichte anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und einmündigen Falles über die in § 133 des Konkursordnungs-Gesetzes bestimmten Gegenstände auf den 16. Dezember 1924, vormittags 9 Uhr, und zur Festlegung der angemeldeten Forderungen auf den 13. Januar 1925, nachmittags 5 Uhr, vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, die eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeindefiskus zu veräußern oder zu leisten, auch die Befreiung anzufragen, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für die sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 4. Dezember 1924 Anzeige zu machen.

Amtsgericht zu Schwarzenberg, den 18. November 1924.

Freitag, den 21. November 1924, 1/2 8 Uhr, soll in Aueroda ein Schwein, ungefähr 2 1/2 Fünftel schwer, versteigert werden. Bietet sammeln im Gasthof zum „Röhlen Wind“.

Köfnig, den 19. November 1924.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

**Öffentliche Stadtverordnetenitzung in Schneeberg**

Dienstag, den 20. November, abends 7 Uhr.

**Der französische Lieblingswunsch.**

Von Dr. Hans Siegfried Weber.

Als das deutsche Volk am vierten Mai dieses Jahres genau acht Tage vor den französischen Kammerwahlen zum Reichstage wählte, gingen unsere demokratischen Parteien mit der Beschwörungsformel haufieren: „Wenn in Deutschland die Rechtsparteien liegen, dann bleibt in Frankreich auch weiterhin der „Bloc national“ an der Regierung. Wer also den Sturz Poincares will, der wähle links.“ Der auf Kosten Deutschlands zu jeder Verständigung bereite MacDonald stellte damals der deutschen Demokratie einen in gleichem Sinne gehaltenen Befähigungsnachweis für die auswärtige Politik aus. In der Wirklichkeit sind aber doch die Dinge umgekehrt verlaufen. Wenn also die Herren Demokraten ihre Logik auch logisch weiter zur Anwendung bringen würden, so hätten sie am 11. Mai angesichts des Ausfalls der französischen Wahlen bekennen müssen: „Der Sieg der deutschen Rechten hat in Frankreich die verständigungsbedürftige Dinte ans Ruder gebracht.“

Derartige Abhängigkeitsverhältnisse des Auslands von den innenpolitischen Zuständen in Deutschland bestehen jedoch gar nicht. Das hindert aber die Sozialisten und Demokraten nicht, trotzdem sie doch mit ihren Prophezeiungen vor dem 4. Mai so elend hereingefallen sind, wiederum sich heute in empfehlende Erinnerung zu bringen: „Wir sind die Männer, die einzig und allein auf dem Wege zur Verständigung mit Frankreich Poincare und seine Leute von der Regierung abhalten können. Die deutsche Demokratie, die sich in ganz besonderem Maße als Schutztruppe des Hrn. Herriot aufspielt, ist aber in Wirklichkeit das vollkommene Gegenteil und nicht nur der französischen Demokratie, sondern gerade des „Bloc national“! Wie die Herren Poincare und Millerand die besten Geschäfte machten, so wünschen diese demokratischen Parteien am Ruder waren, so wünschen diese Kreise Frankreichs heute wieder mehr denn je die alte Weimarer Koalition zurück, die für die Vernichtung Deutschlands Sorge trägt. Wer etwa glaubt, daß dem nicht so ist, der lese die gesamte Presse des „Bloc national“; er wird mit Schauern erkennen, daß man aus diesem Grunde den Sieg der Linken in Deutschland wünscht und vielleicht auch mit Geldmitteln unterstützt.

Die Pariser „Journes Industrielle“, das Organ des Comité des forces, welches die Rolle übernommen hat, die früher die Bankiers in Frankreich spielten, hat offen ausgesprochen, daß „ein demokratischer Sieg in Deutschland Europa vor einer zu schnellen Wiederherstellung des Deutschen Reiches bewahren würde.“ Der nationalistische bekannte Historiker Bainville hat die Worte niedergeschrieben: „Es ist viel wert, daß in England eine stabilisierte und geordnete Regierung ans Ruder kommt. Für Deutschland können wir nicht das selbe wünschen. Die Verlängerung seiner inneren Streitigkeiten ist eine der besten Garantien unserer Sicherheit.“

Diese Zeugnisse dürften genügen für den Nachweis, daß gerade die deutschen demokratischen Parteien die Verbündeten des Bloc national sind, dessen Herrschaft sie schon bisher stabilisiert hatten. Es ist doch wirklich blödsinnig anzunehmen, daß nun ausgerechnet Herr Birch, der sozialistische Rentiersmann, unter dessen Reichsanzlerschaft gerade Poincare groß geworden ist, der Mann wäre, um den Bloc national in Frankreich niederzuhalten. Ebenso kindisch ist das Bestreben der deutschen Demokraten durch die Gründung der „Internationalen der Linksdemokratischen Parteien“, die Dinge in der Welt meistern zu können. Angesichts dieser Tatsache des Anschlusses der demokratischen Partei Deutschlands an diese Internationale wirkt es wirklich komisch, wenn sich die demokratischen Blätter darüber beschweren, daß ihre Partei zu Unrecht verächtlich worden sei. Internationale Kräfte spielten in ihr eine verhängnis-

volle Rolle. Die demokratischen Herrschaften geben doch ganz offen zu, daß sie ein größeres Vertrauen zu der internationalen Demokratie haben als zu den eigenen Volksgenossen.

Der französische Wunsch „Nur keine Rechtsregierung in Deutschland!“ sollte jedem die Augen darüber öffnen, was ein Sieg der Linken am 7. Dezember bedeuten würde. Wer Ordnung im deutschen Vaterlande und den Wiederaufbau des Reiches wünscht, der weiß, daß das nur eine Rechtsregierung in Deutschland vermag, die deshalb auch den französischen Gewaltpolitikern verhaßt ist.

## Deutschland und der Völkerbund.

Berlin, 19. November. In einer von der Deutschen Volkspartei in Denabück einberufenen Versammlung sprach Reichsaussenminister Dr. Stresemann über seine Außenpolitik. Ueber Deutschlands Stellung zum Völkerbund sagte er: In vielen Fragen Unne der Völkerbund von Bedeutung für Deutschland sein. Mit dem Eintritt in den Völkerbund müßten aber dessen Satzungen anerkannt werden. Ein Artikel z. B. befaßt aber: Die Länder müssen einander militärische Hilfe leisten und sich am wirtschaftlichen Postamt beteiligen. Dem Völkerbund sei mitgeteilt worden, daß Deutschland diesen Artikel nicht annehmen werde. „Man gebe uns unsere Armee zurück, damit wir uns gegebenenfalls verteidigen und die in dem Artikel geforderte Hilfeleistung gewähren können. Deutschland darf nicht Durchgangsgebiet für andere Armeen sein.“

## Die Kontrollkommission vor der Abreise.

Paris, 19. Nov. „Newport Herald“ meldet, daß die Untersuchung der internationalen Militärkontrollkommission in Deutschland nahezu beendet sei. Entgegen gewissen sensationellen Meldungen hat der Korrespondent des „Newport Herald“ von autorisierter Quelle erfahren, daß die Kontrolle mit Ausnahme des „Durch einen Fanatiker“ hervorgerufenen Zwischenfalles von Ingolstadt, ganz und gar befriedigend verlaufen sei und die demnächstige Abreise der Kommission recht fertige, die ihre Vollmachten vorher noch auf den Völkerbund übertragen müsse.

## Abberufung des Generals de Meh?

London, 19. Nov. „Times“ bringt die Nachricht von der baldigen Abberufung des Generals de Meh und schreibt dazu: Die Nachricht von der baldigen Abreise des Generals de Meh werde viel dazu beitragen, die bittere Stimmung, die das separatistische Abenteuer im Rheinland hinterlassen habe, zu mildern. Angesichts der aktiven Unternehmung, die de Meh den Separatisten gegeben habe, habe die Bevölkerung der Pfalz, so lange dieser General in Speyer gewesen sei, immer geglaubt, daß Frankreich seine Absichten auf das Rheinland nicht aufgegeben habe.

Paris, 19. Nov. Herriot hat beschlossen, demnächst eine Konferenz zusammenzuberufen, um die Frage der stillen und militärischen Befehung der Rheinlande zu prüfen.

London, 19. Nov. „Daily Telegraph“ berichtet aus Paris, in zuverlässigen Finanzkreisen gehe das Gerücht, daß gewisse französische Banken recht lau in ihrer Unterstützung der neuen französischen Anleihe sind. Gewisse Banken sollen sogar ihren Kunden abgeraten haben, zu zeichnen. Diese Wandrer würden politischen Beweggründen zugeschrieben.

## Räumt England?

London, 19. Nov. „Daily Herald“ schreibt, wie angenommen werde, sei man in London der Meinung, daß die Köfner Zone am 10. Januar geräumt werden müsse, während man in Paris der Ansicht zuneige, daß die Besetzungsperiode erst begann, als Deutschland anfang, den Versailler Vertrag zu erfüllen, das selbsten Sommer. Diese Frage werde in wenigen Wochen entschieden werden müssen. Die Vernunft sage einem, daß die britische Auslegung das allgemeine Best der Befriedigung fördere, die französische dagegen es behindere.

Genf, 19. Nov. Die englische Regierung hat darum ersucht, die Frage des Genfer Protokolls und der Abrückungskonferenz von der Tagesordnung der am 8. Dezember in Rom stattfindenden Ratstagung abzusehen, da sie „diese Frage erst mit der Aufmerksamkeit prüfen müsse, die sich aus ihrer großen Bedeutung ergebe“.

## Ein neues britisches Riesenschiff.

London, 19. Nov. Das Luftschiffministerium veröffentlicht nähere Angaben über das neue britische Riesenschiff „R. 101“, das in Cardington gebaut werden soll. Seine Verdrängung wird ungefähr fünf Millionen Kubfuß betragen, d. h. es wird mehr als dreimal so groß sein als das größte bisher gebaute Luftschiff. Es wird das erste aus Stahl gebaute Luftschiff sein, wird 7 Motoren von je 600 Pferdekraften besitzen und soll eine Höchstgeschwindigkeit von etwa 70 Meilen entwickeln können. Es soll ferner über 100 Personen mit sich führen können. Die Länge beträgt 720, die Höhe 140 und der größte Durchmesser 180 Fuß.

## Die Handelsvertragsverhandlungen mit England.

Ux die 26 Prozent.

London, 19. Nov. „Daily Telegraph“ schreibt, die Verhandlungen zur Herbeiführung des deutsch-englischen Handelsvertrages hätten jetzt einen Punkt erreicht, wo es für die deutschen Sachverständigen notwendig sein könnte, nach London zu kommen und die endgültigen Einzelheiten mit dem Schatzamt und dem Handelsamt zu erörtern. Abgesehen von der 26-prozentigen Einfuhrabgabe schienen die übrigen Schwierigkeiten gering und verhältnismäßig unbedeutend zu sein. „Times“ erklären: Es sei höchst unwahrscheinlich, daß die britische Regierung ihr Recht auf die 26-prozentige Abgabe aufgeben werde. Es hätten einige Meinungsverschiedenheiten zwischen Gilbert und dem britischen Vertreter im Transfereauschuss bestanden. Der britische Standpunkt sei gewesen, daß die aus der Erhebung der Abgabe eingehenden Summen monatlich Gilbert übergeben werden sollten, dessen Aufgabe es sein würde, sie der deutschen Regierung gutzuschreiben. Gilbert habe, unterstützt von den übrigen Mitglieder des Ausschusses, die Ansicht vertreten, daß die 26-prozentige Abgabe, da sie in Pfund Sterling außerhalb Deutschlands gezahlt werde, ein maskierter Transfer deutscher Mark nach dem Auslande sei und aus diesem Grunde vollkommen unter der Kontrolle des Generalagenten, der die Entscheidungen dieses Ausschusses durchführt, stehen müßte. Das Ergebnis dieser Entscheidung werde sein, daß Verhandlungen an deutsche Exporteure geht in den Wirkungsbereich des Generalagenten einbezogen würden.

## Die Kabinettsbildung in Oesterreich.

Wien, 19. Nov. Im Hauptauschuss des Nationalrates brachte Präsident Rilka das an ihn gelangte Schreiben Dr. Seipels zur Kenntnis. Hierauf wurde mit Mehrheitsbeschluss der christlich-sozialen Abgeordnete Dr. Ramel zum Bundeskanzler beigestimmt und mit der Regierungsbildung beauftragt. Er nahm den Auftrag an und erklärte, er werde in der nächsten Sitzung des Hauptauschusses am Donnerstag seine Vorschläge unterbreiten.

## Jugoslawisch-italienisches Defensivbündnis.

Paris, 19. Nov. Dem „Matin“ wird aus Belgrad gemeldet, daß die italienische und die jugoslawische Regierung übereingekommen seien, daß das jugoslawische Königspaar zwischen dem 10. und 15. Januar seinen offiziellen Besuch in Rom abhalten werde. Der Hauptzweck dieses Besuchs werde die Unterzeichnung eines italienisch-jugoslawischen Defensivbündnisses sein.

Paris, 19. Nov. „Matin“ will erfahren haben, daß zwischen den Regierungen der Kleinen Entente und der polnischen Regierung unverzüglich Besprechungen aufgenommen werden, um den Eintritt Polens in die Kleine Entente zu vollziehen.

## Russische Rüstungsausgaben.

Helsingfors, 19. Nov. Finnische Zeitungen melden aus Moskau: Im Haushaltsplan der Sowjetregierung für das nächste Jahr sind als Ausgaben für die rote Armee und die rote Flotte 378 Millionen Goldrubel veranschlagt. In diesem Jahre beträgt der Anschlag für Heer und Marine 358 Millionen Goldrubel. Diese Mehrausgabe von 20 Millionen Goldrubel soll zur Verstärkung der Flotte und des Flugwesens verwendet werden.

## Erregte Szenen im bayrischen Landtag.

München, 19. Nov. Im Landtag kam es heute bei der Aussprache über den Etat des Ministeriums des Äußeren zu erregten Szenen als der völkische Abg. Buttman es eine Ungehörlichkeit nannte, daß Hitler noch in Landsberg schmachtet. Der völkische Abg. Straffer rief dem Ministerpräsidenten zu: Pfui über diese Klassenjustiz! Bayern wird von einer Saubande regiert! Die völkischen Abgeordneten stimmten im Chor ein, und es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Mitgliedern der bayerischen Volkspartei und des völkischen Blokes. Der Ministerpräsident und der Präsident des Landtages verließen den Saal, sobald die Sitzung unterbrochen werden mußte. Nach Wiederaufnahme erklärte Präsident Rönigbauer, der Abg. Straffer habe berat beleidigende und ungehörige Äußerungen gegen Staatsregierung und den Ministerpräsidenten getan, daß ein Ordnungsruf nicht in Frage komme, daß er den Abg. Straffer vielmehr für den Rest der Sitzung ausschließe. Auf die Aufforderung des Präsidenten, den Saal zu verlassen, rief Straffer dem Präsidenten zu: „Der Saal noch beschließen wird damit nicht unterbrochen werden.“ Darauf verließ er unter Juchens den Sitzungssaal. Abgeordneter Buttman erklärte in Fortsetzung seiner Rede, daß die Völkischen das Gehalt des Ministerpräsidenten ablehnen. Der Geschäftsausschuss des Landtages wählte anstelle des von dem Posten des Vorsitzenden zurückgetretenen Abg. Straffer den völkischen Abg. Dörfler zum Vorsitzenden.

Wien, 19. Nov. Das Ministerium ist zur Lage treten, nachdem es im Parlament mit 46 gegen 43 Stimmen in der Widerhall geblieben war.